

Protokoll 2. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 11. Mai 2022, 17.00 Uhr bis 20.06 Uhr, in der Halle 9
in Zürich-Oerlikon

Vorsitz: Präsident Matthias Probst (Grüne)

Beschlussprotokoll: Sekretärin Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP)

Anwesend: 119 Mitglieder

Abwesend: Sanija Ameti (GLP), Markus Haselbach (Die Mitte), Stephan Iten (SVP), David Ondraschek (Die Mitte), Dr. Frank Rühli (FDP), Stefan Urech (SVP)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. [2022/170](#) * Weisung vom 05.05.2022: FV
Liegenschaften Stadt Zürich, möglicher Erwerb Uetliberg-
strasse 231 (Uetlihof) ins Finanzvermögen, Quartier Brunau,
Nachtragskredit
3. [2022/127](#) * Postulat von Judith Boppart (SP) und Barbara Wiesmann (SP) VSS
E vom 06.04.2022:
Programmier-Kurse für alle interessierten Schülerinnen und
Schüler ab der Mittelstufe
4. [2022/129](#) * Postulat von Dr. Roland Hohmann (Grüne), Julia Hofstetter VGU
E (Grüne) und 8 Mitunterzeichnenden vom 06.04.2022:
Wirkungsanalyse zur Eindämmung der Hitzebelastung bei
vollständiger Umsetzung der vorgesehenen Massnahmen
5. [2022/137](#) * Postulat von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Ivo Bieri (SP) vom VTE
E 13.04.2022:
Rechtzeitige Information der Bevölkerung bei notwendigen
Baumfällaktionen im städtischen Wald
6. [2022/138](#) * Postulat von Marco Denoth (SP) und Dr. Ann-Catherine VTE
E Nabholz (GLP) vom 13.04.2022:
Kommunaler Richtplan Verkehr, digitales Monitoring über den
Umsetzungsstand der raumplanerischen Ziele, Massnahmen
und Erkenntnisse

- | | | | | |
|-----|--------------------------|--------|---|-----|
| 7. | 2022/139 | *
E | Postulat von Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP) und Marco Denoth (SP) vom 13.04.2022:
Kommunaler Richtplan Siedlung, Landschaft, öffentliche Bauten und Anlagen, digitales Monitoring über den Umsetzungsstand der raumplanerischen Ziele, Massnahmen und Erkenntnisse | VHB |
| 8. | 2022/126 | *
E | Postulat der AL-Fraktion vom 06.04.2022:
Ausrichtung einer Energiezulage an einkommensschwache Personen zur Kompensation der steigenden Energiepreise bei der Heiz- und Nebenkostenabrechnung | VS |
| 9. | 2022/128 | *
E | Postulat von Samuel Balsiger (SVP) und Walter Anken (SVP) vom 06.04.2022:
Zusätzliche Unterstützung der ukrainischen Flüchtlinge an der Grenze zu ihrem Heimatland | STP |
| 10. | 2022/5 | * | Parlamentarische Initiative der AL-Fraktion vom 05.01.2022:
Verordnung über die familienergänzende Kinderbetreuung (VO KB), Erhöhung des Normkostensatzes | |
| 11. | 2022/18 | * | Parlamentarische Initiative der AL-Fraktion vom 12.01.2022:
Verzicht auf die ergänzenden Ausnutzungsmöglichkeiten der Arealüberbauung, Änderung der Bau- und Zonenordnung (BZO) | |
| 12. | 2022/79 | | Beschlussantrag von Marion Schmid (SP), Selina Walgis (Grüne) und 32 Mitunterzeichnenden vom 09.03.2022:
Führung eines Genderwatch-Protokolls über die Debatte im Gemeinderat | |
| 13. | 2022/90 | E/T | Dringliches Postulat von Samuel Balsiger (SVP) und Stephan Iten (SVP) vom 16.03.2022:
Definitive Erhöhung der Gastro-Aussenbestuhlung auf öffentlichem Grund | VTE |
| 14. | 2021/383 | E/A | Postulat von Dominique Zygmunt (FDP) und Severin Meier (SP) vom 29.09.2021:
Ausweitung der Anzahl Sitzplätze in der Gastronomie im Aussenbereich auf öffentlichem Grund für die Saison 2022 | VSI |
| 15. | 2022/105 | A | Dringliches Postulat von Marco Denoth (SP), Walter Angst (AL) und 3 Mitunterzeichnenden vom 23.03.2022:
Personalhochhäuser auf dem Triemli-Areal, Überführung in eine Zwischennutzung bis zur Festsetzung der Masterplanung hinsichtlich der künftigen Areal-Nutzung | VGU |
| 17. | 2021/189 | E/A | Postulat von Natalie Eberle (AL) und Brigitte Fürer (Grüne) vom 21.04.2021:
Einführung von Velosäcken mit Vorzugsstart für Velofahrende an allen Strassenkreuzungen mit Lichtsignalanlagen | VSI |

- | | | | | |
|-----|--------------------------|-----|--|-----|
| 18. | 2021/225 | A | Postulat von Stephan Iten (SVP) und Roger Bartholdi (SVP) vom 26.05.2021:
Freigabe weiterer Busspuren für Taxis | VSI |
| 19. | 2021/237 | E/A | Postulat von Martina Zürcher (FDP), Përparim Avdili (FDP) und 10 Mitunterzeichnenden vom 02.06.2021:
Ordentliche Bewilligung für die Critical Mass hinsichtlich einer Durchführung ohne grössere Beeinträchtigung der zentralen Verkehrswege | VSI |
| 20. | 2021/312 | E/A | Postulat von Dr. David Garcia Nuñez (AL) und Olivia Romanelli (AL) vom 07.07.2021:
Realisierung eines durchgängigen (Floh-)Markts vom Fraumünsterplatz bis zur Stadthausanlage | VSI |
| 21. | 2021/326 | E/A | Postulat von Simone Brander (SP), vertreten durch Severin Meier (SP), Olivia Romanelli (AL), vertreten durch Michael Schmid (AL) und 1 Mitunterzeichnenden vom 14.07.2021:
Vermehrte Einrichtung von Fussgängerzonen insbesondere im Kern von Fussgängerbereichen | VSI |
| 22. | 2021/327 | E/A | Postulat von Pascal Lamprecht (SP), vertreten durch Severin Meier (SP), Natalie Eberle (AL) und 1 Mitunterzeichnenden vom 14.07.2021:
Massnahmen zur Lärmreduktion der Schiessanlage Hasenrain | VSI |

* Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

An der nachfolgenden Fraktionserklärung werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

41. **2022/183** **Erklärung der AL-Fraktion vom 11.05.2022:** **Nachfolge im Präsidium der Zürcher Kunstgesellschaft**

Namens der AL-Fraktion verliest Regula Fischer Svosve (AL) folgende Fraktionserklärung:

Konsequenzen aus der Bührlé Debatte ziehen – Philipp Hildebrand ist fehl am Platz!

Vor weniger als zwei Monaten, am 19. März 2022, hat der Gemeinderat in diesem Saal die sogenannte «Bührlé-Debatte» geführt. Dabei ging es um die Umstände, unter welchen die heute im Erweiterungsbau des Zürcher Kunsthauses ausgestellten Kunstwerke in den Besitz von Emil Bührlé gekommen sind. Es war die Rede von den zu lange unter Geheimhaltung gestellten Verträge zwischen der Zürcher Kunstgesellschaft und der Bührlé-Stiftung. Und es wurde die Notwendigkeit verlangt, Transparenz und Aufklärung zu

schaffen über Provenienz der Bilder auf der einen Seite und die Rolle des Waffenproduzenten auf der anderen Seite. Schliesslich ging es darum, Lehren aus einer desaströsen Kommunikation seitens der Kunsthaus- und Kunstgesellschaftsführung zu ziehen, welche für die Stadt Zürich zu einem groben internationalen Reputationsschaden geführt hat.

Die Stadtpräsidentin, die in dieser Debatte als erste das Wort ergriffen hatte, erklärte: «Ich bin weiterhin überzeugt, dass es richtig ist, die Sammlung Bührle in einem massgeblich öffentlich finanzierten Haus zu zeigen. Das bedeutet auch, als Öffentlichkeit, als heutiges Zürich und als heutige Schweiz Verantwortung zu übernehmen und zu unserer schwer zu ertragenden Vergangenheit zu stehen, uns mit ihr zu konfrontieren und der kritischen Auseinandersetzung Platz und ein Forum zu bieten mit der Absicht, als Gesellschaft aus dieser Auseinandersetzung etwas für die Zukunft zu lernen.» [...] «Aus heutiger Sicht lief nicht alles so, wie wir es uns heute wünschen. Wir ziehen aber die Lehren daraus. Mit den Massnahmen, die jetzt bereits beschlossen oder aufgegleist sind, wurde eine wichtige Grundlage dafür geschaffen».

In den letzten Tagen und Wochen sind Informationen über die Nachfolge im Präsidium der Zürcher Kunstgesellschaft bekannt geworden. Sie lassen befürchten, dass das notwendige und seitens der Stadtregierung deklarierte Umdenken doch noch nicht erfolgt ist: Am 14. April ist bekannt geworden, dass Philipp Hildebrand als einziger Kandidat für das Präsidium den 24'000 Mitgliedern der Zürcher Kunstgesellschaft an einer Ende Mai schriftlich stattfindenden Abstimmung zur Wahl empfohlen wird. Sowohl die Personalie des ehemaligen Direktors der Nationalbank, seine Eignung für das Amt wie auch das Auswahl-Prozedere lassen aufhorchen. So ist Philipp Hildebrand Vice Chairman des weltweit grössten Vermögensverwalters BlackRock. Zu den Aktivitäten von BlackRock, welche er in seiner Bewerbung selbst als «nachhaltige Anlagestrategie» bezeichnet, gehören Investitionen in Atomwaffen, deren Beteiligungshöhe in den Jahren 2020 und 2021 in den USA auf Platz 4 rangiert. Auf den während Jahrzehnten mit dem Kunsthaus verbandelten Kunstsammler, der während dem 2. Weltkrieg sein Geld mit Waffenlieferungen an Nazideutschland verdiente, soll jetzt ein Mann als Präsident der Kunstgesellschaft folgen, der aktiv im Nuklearwaffengeschäft mitmischt. Die besondere Eignung des ehemaligen Nationalbankdirektors als Kunstsachverständiger ist gemäss den verfügbaren Medienberichten nicht erwiesen, abgesehen davon, dass er im Board of Trustees des British Museum sitzt. Bekannt ist hingegen seine Ablehnung der Schweizer Sanktionen gegen Russland. Dass sowohl seine Exfrau Kashya eine Kunstgalerie betrieben hat und seine Lebenspartnerin Margarita Louis-Dreyfus über eine Kunstsammlung verfügt, kann ihm nicht als Leistungsausweis angerechnet werden.

Die vergangene Woche ins Spiel gebrachte und wegen verpassten Fristen schon nach wenigen Tagen wieder zurückgezogene Kandidatur von Kunstvermittlerin Cristina Bechtler, der Gattin des ehemaligen Präsidenten der Kunstgesellschaft, Thomas Bechtler, lässt darauf schliessen, dass die Wahl des neuen Präsidenten vom Vorstand der Kunstgesellschaft offenbar als reine Formsache angeschaut wird. Davon zeugt auch die seltsame Form der schriftlichen Abstimmung, welche Philipp Hildebrand bei einer öffentlichen Versammlung unangenehme Fragen erspart. Es ist unverständlich, dass die Vertreter:innen der Stadt, welche im elfköpfigen Vorstand zusammen mit denjenigen des Kantons über eine Mehrheit verfügen, das heutige Wahlprozedere nicht als Gelegenheit verstehen, mit der bisherigen Praxis der Hinterzimmerpolitik aufzuhören. Denn es ist Zeit, eine Persönlichkeit an die Spitze der Kunstgesellschaft zu berufen, welche den Bruch mit der Bührle-Vergangenheit des Kunsthauses tatsächlich verkörpert. Es ist Zeit, eine Person zu finden, die nicht mehr mit der Zürcher Finanzwelt verfilzt ist und die über die notwendige Autorität und Haltung verfügt, das Zürcher Kunsthaus aus der seiner Imagekrise zu führen.

Die AL-Fraktion fordert den Stadtrat auf, seinen ganzen Einfluss geltend zu machen, dass wenn die Wahl wirklich wie geplant durchgeführt wird, dies ein Übergangspräsident wird. Er soll darauf hinwirken, dass bei einer nächsten Ausschreibung die Qualität einer Präsidentin oder eines Präsidenten als Kunstsachverständige im Vordergrund steht.

G e s c h ä f t e

42. 2022/170

Weisung vom 04.05.2022:

Liegenschaften Stadt Zürich, möglicher Erwerb Uetlibergstrasse 231 (Uetlihof) ins Finanzvermögen, Quartier Brunau, Nachtragskredit

Zuweisung an die RPK gemäss Beschluss der Geschäftsleitung vom 9. Mai 2022

43. 2022/127
Postulat von Judith Boppart (SP) und Barbara Wiesmann (SP) vom 06.04.2022:
Programmier-Kurse für alle interessierten Schülerinnen und Schüler ab der
Mittelstufe

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Es wird weder ein Ablehnungs- noch ein Textänderungsantrag gestellt.

Damit ist das Postulat dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

44. 2022/129
Postulat von Dr. Roland Hohmann (Grüne), Julia Hofstetter (Grüne) und
8 Mitunterzeichnenden vom 06.04.2022:
Wirkungsanalyse zur Eindämmung der Hitzebelastung bei vollständiger
Umsetzung der vorgesehenen Massnahmen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Roger Bartholdi (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

45. 2022/137
Postulat von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Ivo Bieri (SP) vom 13.04.2022:
Rechtzeitige Information der Bevölkerung bei notwendigen Baumfällaktionen im
städtischen Wald

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Roger Bartholdi (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

46. 2022/138
Postulat von Marco Denoth (SP) und Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP) vom 13.04.2022:
Kommunaler Richtplan Verkehr, digitales Monitoring über den Umsetzungsstand der raumplanerischen Ziele, Massnahmen und Erkenntnisse

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Roger Bartholdi (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

47. 2022/139
Postulat von Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP) und Marco Denoth (SP) vom 13.04.2022:
Kommunaler Richtplan Siedlung, Landschaft, öffentliche Bauten und Anlagen, digitales Monitoring über den Umsetzungsstand der raumplanerischen Ziele, Massnahmen und Erkenntnisse

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Roger Bartholdi (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

48. 2022/126
Postulat der AL-Fraktion vom 06.04.2022:
Ausrichtung einer Energiezulage an einkommensschwache Personen zur Kompensation der steigenden Energiepreise bei der Heiz- und Nebenkostenabrechnung

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Roger Bartholdi (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Dr. David Garcia Nuñez (AL) vom 13. April 2022 (vergleiche Beschluss-Nr. 5222/2022)

Die Dringlicherklärung wird von 79 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum von 63 Stimmen gemäss Art. 124 Abs. 2 GeschO GR erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

49. 2022/128
Postulat von Samuel Balsiger (SVP) und Walter Anken (SVP) vom 06.04.2022:
Zusätzliche Unterstützung der ukrainischen Flüchtlinge an der Grenze zu ihrem Heimatland

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Dominique Zygmunt (FDP) stellt namens der FDP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Samuel Balsiger (SVP) vom 13. April 2022 (vergleiche Beschluss-Nr. 5223/2022)

Die Dringlicherklärung wird von 95 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum von 63 Stimmen gemäss Art. 124 Abs. 2 GeschO GR erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

50. 2022/5
Parlamentarische Initiative der AL-Fraktion vom 05.01.2022:
Verordnung über die familienergänzende Kinderbetreuung (VO KB), Erhöhung des Normkostensatzes

Walter Angst (AL) begründet die Parlamentarische Initiative (vergleiche Beschluss-Nr. 4806/2022).

Die Parlamentarische Initiative wird von 69 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum von 42 Stimmen gemäss Art. 139 Abs. 2 GeschO GR erreicht ist.

Gemäss Parlamentarischer Initiative wird die Überweisung an die SK SD beantragt.

Die Parlamentarische Initiative wird stillschweigend der SK SD überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

51. 2022/18
Parlamentarische Initiative der AL-Fraktion vom 12.01.2022:
Verzicht auf die ergänzenden Ausnutzungsmöglichkeiten der Arealüberbauung, Änderung der Bau- und Zonenordnung (BZO)

Mischa Schiwow (AL) begründet die Parlamentarische Initiative (vergleiche Beschluss-Nr. 4853/2022).

Die Parlamentarische Initiative wird von 26 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum von 42 Stimmen gemäss Art. 139 Abs. 2 GeschO GR nicht erreicht ist.

Damit ist das Geschäft erledigt.

Mitteilung an den Stadtrat

**52. 2022/79
Beschlussantrag von Marion Schmid (SP), Selina Walgis (Grüne) und 32 Mitunterzeichnenden vom 09.03.2022:
Führung eines Genderwatch-Protokolls über die Debatte im Gemeinderat**

Marion Schmid (SP) begründet den Beschlussantrag (vergleiche Beschluss-Nr. 5048/2022).

Martina Zürcher (FDP) stellt den Ablehnungsantrag und begründet diesen.

Der Rat stimmt dem Beschlussantrag mit 61 gegen 50 Stimmen (bei 6 Enthaltungen) zu.

Weiterbehandlung durch die Geschäftsleitung im Sinne von Art. 154 GeschO GR

Damit ist beschlossen:

**2022/79
Beschlussantrag von Marion Schmid (SP), Selina Walgis (Grüne) und 32 Mitunterzeichnenden vom 10.03.2022:
Führung eines Genderwatch-Protokolls über die Debatte im Gemeinderat**

Die Unterzeichnenden beantragen dem Gemeinderat über die Debatte im Gemeinderat ein Genderwatch-Protokoll zu führen, das aufzeigt, wie das Verhältnis der Geschlechter bei den Wortmeldungen und der Redezeit der Ratsmitglieder ist.

Die erhobenen Daten sollen ausgewertet und öffentlich zugänglich gemacht werden.

Mitteilung an den Stadtrat

**53. 2022/90
Dringliches Postulat von Samuel Balsiger (SVP) und Stephan Iten (SVP) vom 16.03.2022:
Definitive Erhöhung der Gastro-Aussenbestuhlung auf öffentlichem Grund**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Dringliche Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Samuel Balsiger (SVP) begründet das Dringliche Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 5082/2022).

Regula Fischer Svosve (AL) begründet den von Dr. David Garcia Nuñez (AL) namens der AL-Fraktion am 30. März 2022 gestellten Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die grosszügige Gastro-Aussenbestuhlung auf öffentlichem Grund unbegrenzt beibehalten werden kann. Dies beinhaltet die erhöhte Anzahl der Plätze um maximal 30 Prozent. Im Gegenzug soll der entsprechende Platzbedarf mit der Aufhebung von Parkplätzen für den MIV kompensiert werden. Die Regelung soll in den «Leitfaden Boulevardgastronomie» aufgenommen werden.

Nicole Giger (SP) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die ~~grosszügige~~ temporäre Regelung für die Gastro-Aussenbestuhlung auf öffentlichem Grund ~~unbegrenzt~~ beibehalten werden kann. Dies beinhaltet die erhöhte Anzahl der ~~Plätze~~ Aussensitzplätze um maximal 30 Prozent. Die Regelung soll in den geltenden «Leitfaden Boulevardgastronomie» aufgenommen werden. Es ist dabei zu gewährleisten, dass die Gastro-Aussenbestuhlung

auf öffentlichen Plätzen nicht überhand nimmt und weiterhin die nicht-kommerziellen öffentlichen Räume und Verweilmöglichkeiten bestehen. Ebenso ist zu gewährleisten, dass der Fuss- und Veloverkehr nicht behindert werden. Die grundsätzliche Regel, dass ein 2 Meter breiter Durchgang überall gewährleistet werden muss, ist bei besonders stark frequentierten und engen Stellen auf eine angemessene Breite auszuweiten.

Samuel Balsiger (SVP) ist mit der Textänderung von Nicole Giger (SP) einverstanden, lehnt jedoch die Textänderung von Regula Fischer Svosve (AL) ab.

Das geänderte Dringliche Postulat wird mit 91 gegen 10 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

54. 2021/383

Postulat von Dominique Zygmont (FDP) und Severin Meier (SP) vom 29.09.2021: Ausweitung der Anzahl Sitzplätze in der Gastronomie im Aussenbereich auf öffentlichem Grund für die Saison 2022

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Dominique Zygmont (FDP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4436/2021) und zieht es zurück.

Mitteilung an den Stadtrat

55. 2022/105

Dringliches Postulat von Marco Denoth (SP), Walter Angst (AL) und 3 Mitunterzeichnenden vom 23.03.2022: Personalhochhäuser auf dem Triemli-Areal, Überführung in eine Zwischennutzung bis zur Festsetzung der Masterplanung hinsichtlich der künftigen Areal-Nutzung

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Dringlichen Postulats zur Prüfung ab.

Marco Denoth (SP) begründet das Dringliche Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 5139/2022).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

Das Dringliche Postulat wird mit 98 gegen 19 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

56. 2021/189
Postulat von Natalie Eberle (AL) und Brigitte Fürer (Grüne) vom 21.04.2021:
Einführung von Velosäcken mit Vorzugsstart für Velofahrende an allen Strassen-
kreuzungen mit Lichtsignalanlagen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Brigitte Fürer (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3893/2021).

Derek Richter (SVP) begründet den von Stephan Iten (SVP) namens der SVP-Fraktion am 26. Mai 2021 gestellten Ablehnungsantrag.

Das Postulat wird mit 70 gegen 44 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

57. 2021/225
Postulat von Stephan Iten (SVP) und Roger Bartholdi (SVP) vom 26.05.2021:
Freigabe weiterer Busspuren für Taxis

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Roger Bartholdi (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3982/2021).

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 41 gegen 78 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

58. 2021/237
Postulat von Martina Zürcher (FDP), Përparim Avdili (FDP) und 10 Mitunterzeich-
nenden vom 02.06.2021:
Ordentliche Bewilligung für die Critical Mass hinsichtlich einer Durchführung
ohne grössere Beeinträchtigung der zentralen Verkehrswege

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Martina Zürcher (FDP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4017/2021).

Susanne Brunner (SVP) begründet den von Stephan Iten (SVP) namens der SVP-Fraktion am 23. Juni 2021 gestellten Ablehnungsantrag.

Das Postulat wird mit 44 gegen 74 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

59. 2021/312
Postulat von Dr. David Garcia Nuñez (AL) und Olivia Romanelli (AL) vom 07.07.2021:
Realisierung eines durchgängigen (Floh-)Markts vom Fraumünsterplatz bis zur Stadthausanlage

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Dr. David Garcia Nuñez (AL) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4196/2021).

Derek Richter (SVP) begründet den von Stephan Iten (SVP) namens der SVP-Fraktion am 25. August 2021 gestellten Ablehnungsantrag.

Das Postulat wird mit 68 gegen 47 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

60. 2021/326
Postulat von Simone Brander (SP), vertreten durch Severin Meier (SP), Olivia Romanelli (AL), vertreten durch Michael Schmid (AL) und 1 Mitunterzeichnenden vom 14.07.2021:
Vermehrte Einrichtung von Fussgängerzonen insbesondere im Kern von Fussgängerbereichen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Michael Schmid (AL) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4221/2021).

Derek Richter (SVP) begründet den von Stephan Iten (SVP) namens der SVP-Fraktion am 1. September 2021 gestellten Ablehnungsantrag.

Das Postulat wird mit 63 gegen 37 Stimmen (bei 15 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

61. 2021/327
Postulat von Pascal Lamprecht (SP), vertreten durch Severin Meier (SP), Natalie Eberle (AL) und 1 Mitunterzeichnenden vom 14.07.2021:
Massnahmen zur Lärmreduktion der Schiessanlage Hasenrain

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Severin Meier (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4222/2021).

Martina Zürcher (FDP) begründet den von Albert Leiser (FDP) namens der FDP-Fraktion am 8. September 2021 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 79 gegen 36 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

62. 2022/184

Beschlussantrag der AL-Fraktion vom 11.05.2022: Veröffentlichung von protokollarisch erfassten Daten des Gemeinderats nach dem Prinzip von Open Data

Von der AL-Fraktion ist am 11. Mai 2022 folgender Beschlussantrag eingereicht worden:

Die Parlamentsdienste veröffentlichen protokollarisch erfasste Daten in einer Version, welche deren einfache maschinelle Auswertung nach dem Prinzip von Open Data erlaubt.

Zu den zu veröffentlichten Daten gehören wenigstens:

- Abstimmungsergebnisse, nach Geschäft und Mitglied;
- Wortmeldungen, inklusive der Redezeit.

Begründung:

Dank der Veröffentlichung dieser Daten können Interessensgruppen oder Journalist:innen auf einfache Weise prüfen, ob Wahlversprechungen von uns Parlamentarier:innen eingehalten werden, und es sind Auswertungen möglich, wie sich verschiedene Ratsmitglieder oder Fraktionen zu gewissen Themen positionieren. Dies stärkt die repräsentative Demokratie.

Eine Analyse der Redezeit ermöglichte intersektionale Analysen der Partizipation verschiedener Gruppen im Rat, als bloss jener zwischen Männer und Frauen, wie im Beschlussantrag 2022/79 gefordert.

Die im Antrag aufgeführten Daten werden notabene alle schon veröffentlicht, jedoch ist es in der momentanen Form mit einem sehr hohen manuellen Aufwand verbunden, die Daten für eine Auswertung aufzubereiten, was für die meisten zivilgesellschaftlichen Organisationen eine zu hohe Hürde darstellt.

Mitteilung an den Stadtrat

63. 2022/185

Postulat von Luca Maggi (Grüne), Liv Mahrer (SP) und 3 Mitunterzeichnenden vom 11.05.2022: Sicherstellung sämtlicher Fussball Europacupspiele (Champions, Europa und Conference League, Women's Champions League sowie die dazugehörigen Qualifikationsrunden) mit Zürcherinnen und Zürcher Beteiligung im Letzigrund

Von Luca Maggi (Grüne), Liv Mahrer (SP) und 3 Mitunterzeichnenden ist am 11. Mai 2022 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Stadt als Vermieterin des Stadions Letzigrund vertraglich sicherstellen kann, dass sämtliche Fussball Europacupspiele (Champions, Europa und Conference League,

Womens Champions League sowie die dazugehörenden Qualifikationsrunden) mit Zürcherinnen und Zürcher Beteiligung im Letzigrund stattfinden können. Weitere Veranstaltungen (z.B. Konzerte) sollen dabei so geplant werden, dass diese nicht auf einen möglichen Europacuptermin fallen (Ausnahme: Leichtathletik Meeting). Dabei soll insbesondere geprüft werden, wie sichergestellt werden kann, dass der FC Zürich seine Europacupheimsiele in der Saison 2022/23 im Letzigrund austragen kann.

Begründung:

Der FC Zürich ist Schweizermeister. Nach einer sensationellen Saison 2021/22 kann der FCZ in der nächsten Saison die Qualifikation für die Champions League in Angriff nehmen. Die FCZ Frauen wurden Cupsiegerinnen und kämpfen ebenfalls um den Meistertitel. Auch sie können nächste Saison international spielen. Dabei drohen dem Klub mehrere Europacupspiele ausserhalb der Stadt Zürich. Dies weil das Stadion Letzigrund an mehreren möglichen Spieltagen der UEFA-Wettbewerbe bereits durch andere Veranstaltungen belegt ist. Auf diesen misslichen Umstand wies der Präsident des FC Zürich, Ancillo Canepa, unlängst in mehreren Medieninterviews hin (siehe z.B.: <https://www.bluewin.ch/de/sport/super-league/ancillo-canepa-das-ist-sehr-sehr-aergerlich-1190292.html>). Aufgrund einer UEFA-Regelung (sämtliche Heimspiele einer Gruppenphase müssen im selben Stadion bestritten werden) drohen beim Einzug in eine Gruppenphase sogar sämtliche Heimspiele nicht im Stadion Letzigrund ausgetragen werden zu können. Dem FC Zürich würden Mehrkosten entstehen sowie wichtige Einnahme entgehen. Zudem entgingen tausenden Stadtzürcher Fussballfans spannende Europacupnächte im Letzigrund. Es ist deshalb wichtig, dass die Stadt als Vermieterin des Stadions Letzigrund prüft, wie sie diesen unhaltbaren Zustand in der Saison 2022/23 für den FCZ als einen ihrer Hauptmieter beheben kann.

Weiter soll sichergestellt werden, dass künftige Terminkollisionen ausgeschlossen werden können. Dabei soll insbesondere geprüft werden, wie dies vertraglich vereinbart werden kann. Es ist zu berücksichtigen, dass Europacupspiele teilweise erst kurzfristig angesetzt werden. Da es sich beim Stadion Letzigrund jedoch um ein Sportstadion handelt, ist Sportanlässen (insbesondere Fussballspielen sowie dem Leichtathletik Meeting) Priorität einzuräumen.

Mitteilung an den Stadtrat

64. 2022/186

Postulat von Samuel Balsiger (SVP) und Walter Anken (SVP) vom 11.05.2022: Gestaffelte Schaffung von 140 neuen Polizeistellen bis 2030

Von Samuel Balsiger (SVP) und Walter Anken (SVP) ist am 11. Mai 2022 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie bis 2030 über die Jahre gestaffelt 140 neue Polizeistellen geschaffen werden können. 128 Stellen sollen in den Frontabteilungen entstehen.

Begründung:

Der Personalbestand bei der Stadtpolizei hat sich in den letzten zehn Jahren kaum verändert. Ganz im Gegenteil zur übrigen Schweiz: Landesweit ist die Zahl der Polizistinnen und Polizisten im gleichen Zeitraum um fast 13 Prozent gestiegen. Der Bedarf ist unbestritten. Radio ZÜRSEE berichtet: «Ausschlaggebend für den höheren Polizeibedarf sei das Bevölkerungswachstum, begründet der Stadtrat».

In den letzten 20 Jahren ist die Stadt um über 70'000 Personen gewachsen. Bis 2040 dürften bis zu 110'000 weitere Personen hinzukommen. Durch die 24-Stunden-Gesellschaft ist die Polizei zusätzlich gefordert.

Ein weiteres grosses Problem ist die eskalierende Jugendgewalt. Ein Beispiel aus der NZZ vom 21. April 2022: «Am 10. April kommt es kurz nach Mitternacht beim Bahnhof Oerlikon zu einem Streit. Einer der Beteiligten zieht ein Messer und sticht zu. Das Opfer, ein 21-jähriger Mann, muss mit schweren Verletzungen ins Spital. Die Polizei nimmt später fünf Involvierte fest – alle im Alter zwischen 17 und 20 Jahren.»

Mitteilung an den Stadtrat

65. 2022/187
Postulat von Reto Brüesch (SVP) und Samuel Balsiger (SVP) vom 11.05.2022:
Ganzheitliche Immobilienstrategie hinsichtlich der Kernaufgaben der öffentlichen Hand und Zusammenlegung der verschiedenen Immobilienbereiche der Stadt

Von Reto Brüesch (SVP) und Samuel Balsiger (SVP) ist am 11. Mai 2022 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie er eine ganzheitliche Immobilienstrategie vorlegen und die verschiedenen Immobilienbereiche der Stadt Zürich und ihre Institute (Stiftungen und Werke) zusammenlegen kann.

Bis eine ganzheitliche Immobilienstrategie und Bündelung der Aktivitäten vorliegt, verzichtet der Stadtrat auf den Kauf von jeglichen weiteren Immobilien, die nicht der sofortigen Wohnnutzung dienen sowie einen Kaufpreis von 20 Millionen Franken übersteigen. Dies betrifft auch den Uetlihof. Die Strategie soll nur Kernaufgaben der öffentlichen Hand abdecken.

Begründung:

In den letzten 20 Jahren ist die Stadt Zürich um über 70'000 Personen gewachsen. Bis 2040 dürften bis zu 110'000 weitere Personen hinzukommen. Dadurch nimmt auch die Nachfrage nach Schulraum laufend zu. Und die städtische Verwaltung wächst Jahr für Jahr. Hinzu kommt ein gewisser Strukturwandel bei Unternehmungen und dem Gewerbe. Eine ganzheitliche Immobilienstrategie, wie der Stadtrat auf diese Herausforderungen reagieren will, ist nicht erkennbar.

Viel mehr agiert die Stadtverwaltung spontan und ohne den Blick fürs Ganze. Es gibt neun Departemente und sieben davon beschäftigen sich mit Immobilien. Zusätzlich gibt es noch vier städtische Stiftungen und Werke, welche auch ihre eigene Strategie verfolgen.

Jeder Immobilienbereich hat seine eigenen Spezialisten für Finanzen, Bewirtschaftung, Bau und Akquisition sowie eigene Immobilienwünsche. Sie kaufen in der Stadt und im Kanton unkoordiniert Liegenschaften auf und heizen den Immobilienmarkt weiter an. Nun prüft der Stadtrat sogar den Erwerb des Uetlihofs. Kostenpunkt: 1,2 Milliarden Steuerfranken.

Durch die Zusammenlegung werden Doppelspurigkeiten verringert und die Steuerzahler entlastet. Es gibt dann eine einzige Verwaltungseinheit für Immobilien und eine ganzheitliche Strategie. Diese Verwaltungseinheit koordiniert die Bedürfnisse der verschiedenen Departemente.

Dabei soll nach der Best Practice-Methode vorgegangen werden und Aktivitäten, die keine städtischen Kernaufgaben sind, genau geprüft werden. Hierbei müssen alle föderalen Ebenen zusammenarbeiten.

Eine ganzheitliche Immobilienstrategie ist dringend notwendig. Denn es mehren sich die Anzeigen, dass wir uns einer Immobilienblase annähern. Der Stadtzürcher Wohnungsmarkt ist äusserst angespannt: Das Marktangebot ist bei seit Jahren stark steigender Nachfrage begrenzt. Als Folge des Bevölkerungswachstums steigen Mieten und Immobilienpreise.

Mitteilung an den Stadtrat

66. 2022/188
Postulat von Reto Brüesch (SVP) und Martin Götzl (SVP) vom 11.05.2022:
Realisierung eines «Meistertrams» unter Einbezug der Verantwortlichen der Sportclubs

Von Reto Brüesch (SVP) und Martin Götzl (SVP) ist am 11. Mai 2022 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, ob und wie es möglich wäre, gemeinsam mit den Verantwortlichen des/-r Sportclubs ein «Meistertram» in Zürich zu realisieren und zu betreiben, wie dies unter anderem in den Städten Basel und Bern bereits geschieht. Die jeweiligen Meisterclubs sollen sich am «Meistertram» zumindest in einer geeigneten Form mitbeteiligen.

Begründung:

Die Stadt Zürich ist eine Sportstadt. Wir haben grosse Sportclubs, die jedes Jahr Unsummen in die Förderung des Sports und des Nachwuchses stecken. Nach Jahren der Basler und Berner Dominanz im Fussball

hat es der FC Zürich eindrücklich und mit harter Arbeit erreicht, nach 13 Jahren seinen 13. Schweizer Meistertitel in der Fussball-Meisterschaft zu holen. Da wäre es sicher angebracht, wie dies in Basel und Bern seit mehreren Jahren praktiziert wird, von Seiten der Stadt Zürich und der Verkehrsbetriebe Zürich Werbung für den Sport zu machen und ein «Meistertram» dauernd durch die Strasse von Zürich fahren zu lassen. Die grossen Sportclubs von Zürich und ihre Unterstützer tragen sicher schon genug zum Ansehen der Stadt Zürich bei.

In den letzten Jahren gab es noch weitere Stadtzürcher Meistertitel in nationalen Mannschaftssportarten in den obersten Ligen, wie bei den Teams der ZCS Lions Frauen und Männer sowie der FCZ Frauen und Männer. Daher wäre es sicher gut, periodisch die Gewinner (zum Beispiel der letzten fünf Jahre) auf dem Meistertram auch zu würdigen.

Mitteilung an den Stadtrat

67. 2022/189

**Postulat von Johann Widmer (SVP) und Walter Anken (SVP) vom 11.05.2022:
Signalisierung der Achsen Breitensteinstrasse/Am Wasser und Ottenbergstrasse/
Nordstrasse mit Tempo 50 während der Bauzeit an der Höggerstrasse**

Von Johann Widmer (SVP) und Walter Anken (SVP) ist am 11. Mai 2022 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie man möglichst rasch und kostengünstig die beiden Durchfahrtsachsen Breitensteinstrasse/Am Wasser und Ottenbergstrasse/Nordstrasse während der Bauzeit an der Höggerstrasse mit Tempo 50 signalisieren kann, so dass während der Bauzeit die Kapazität des MIV und ÖV zwischen Högg und der Stadt Zürich garantiert werden kann.

Begründung:

Die Bauzeit von nahezu eineinhalb Jahren an der Höggerstrasse verärgert viele Bewohner des Kreises 10. Insbesondere wird eine Einschränkung in der Verkehrskapazität und der zu erwartende Schleichverkehr durch die Ackersteinstrasse befürchtet. Aus diesem Grund sollen während der Bauzeit die beiden Hauptverkehrsachsen Ottenbergstrasse/Nordstrasse und Am Wasser/Breitensteinstrasse für den Zubringerverkehr zum Kreis 10 wieder mit Tempo 50 befahren werden können. Dies schafft die nötigen Kapazitäten für den ÖV und den MIV.

Das Postulat ist als dringlich zu erklären, da das Versäumnis des Stadtrates, ein geeignetes Verkehrskonzept vorzulegen, bereits ab dem 2. Mai 2022 massive Behinderungen hervorruft.

Mitteilung an den Stadtrat

68. 2022/190

**Interpellation von Samuel Balsiger (SVP) und Bruno Wohler (SVP) vom
11.05.2022:**

**Beurteilung der Stadtratsbeschlüsse, die im Rahmen von Rechtsmittelverfahren
oder übergeordneten Feststellungen als unrechtmässig beurteilt wurden, daraus
gezogene Lehren und künftige Einhaltung des übergeordneten Rechts sowie
Darlegung der internen und externen Kosten**

Von Samuel Balsiger (SVP) und Bruno Wohler (SVP) ist am 11. Mai 2022 folgende Interpellation eingereicht worden:

Die Schweiz ist ein föderalistischer Rechtsstaat. Das bedeutet: Die Macht ist auf den Bund, die Kantone und die Gemeinden aufgeteilt. Jede Ebene hat ihre eigenen Aufgaben und Kompetenzen. Die kleinste politische Einheit ist die Gemeinde.

Auch die Stadt Zürich als Gemeinde muss sich zwingend an den Rechtsstaat und das übergeordnete Recht halten. Zwingend.

Doch der Stadtrat bekundet vermehrt Schwierigkeiten, im föderalen Rechtsstaat seine eingeschränkten Kompetenzen zu kennen. Dies auch in seinem Verhältnis zum Gemeinderat. Immer wieder verstossen stadträtliche Entscheidungen gegen das Recht.

Beispiel Gammelhäuser: Im Februar 2017 kaufte der Stadtrat im Eilverfahren für 32 Millionen Steuerfranken heruntergekommene Häuser an der Neufrankengasse. Trotz des Kaufpreises, der nicht in seiner Kompetenz liegt, hat er das in «eigener Kompetenz» gemacht. Er hat dem Gemeinderat zuerst keine Weisung vorgelegt. SVP, FDP und die damalige CVP wehrten sich. Das Verwaltungsgericht gab den Bürgerlichen recht und hiess die Beschwerde gegen den Kauf gut.

Beispiel Tempo 30 Rosengartenstrasse: Gegen jede Vernunft wollte der Stadtrat auf der Hauptverkehrsachse und meistbefahrenen Einfallachse das verkehrsfeindliche Tempo 30-Regime durchdrücken. «Die Kantonspolizei hat dem Zürcher Stadtrat klipp und klar mitgeteilt, dass sie Verkehrsanordnungen auf der Rosengartenstrasse ohne ihre Zustimmung als unzulässig erachtet», schrieb die NZZ im Oktober 2021.

Beispiel Triemli-Abschreiber: Beim Spital hat der Stadtrat massive Fehlinvestitionen getätigt. Die Einnahmen aus dem Betrieb decken die Kosten bei weitem nicht. 290 Millionen Franken Baukosten müssen über 33 Jahre abgeschrieben werden. Das belastet die Rechnung jährlich mit 16,8 Millionen Franken.

Die NZZ schreibt: «Dieser unangenehmen Tatsache wollte sich der Stadtrat mit einem buchhalterischen Trick entledigen. 176 Millionen Franken soll das Bettenhaus weniger wert sein – rückwirkend auf 2019.» Das Verwaltungsgericht stellt im Januar 2022 fest: Diese Finanz-Trickserei ist widerrechtlich.

Beispiel wirtschaftliche Basishilfe: Der Stadtrat wollte legal und illegal anwesenden Migrant*innen, die keine Sozialhilfe beziehen, anderweitig Steuergelder zuschanzen. Vertreter der SVP und FDP machten den Stadtrat eindringlich darauf aufmerksam, dass dies unzulässig ist.

So sieht es auch der Bezirksrat. Die Limmattaler Zeitung schreibt im Dezember 2021: «Das Projekt wirtschaftliche Basishilfe verstösst laut einem Entscheid des Bezirksrats gegen ausländerrechtliche Bestimmungen des Bundes.»

Beispiel City Card: Allein in der Stadt Zürich halten sich mindestens 10'000 bis 14'000 Migrant*innen illegal auf. Sogenannte Sans-Papiers. Die grosse Mehrheit reiste als Touristen aus Lateinamerika ein und kehrte bislang nicht in ihre Heimatländer zurück.

Gemäss dem Positionspapier des Stadtrats befinden sich unter den sogenannten Sans-Papiers auch viele Straftäter und Sozialhilfeabzocker, deren Aufenthaltsbewilligung nicht verlängert wurde. Sie kommen vorwiegend aus der Türkei oder aus Asien. Die illegal anwesenden Migrant*innen nehmen in unserer Stadt günstigen Wohnraum und einfache Arbeit weg. Sie arbeiten für Dumping-Löhne schwarz und zahlen weder Steuern noch Sozialabgaben.

In der schriftlichen Anfrage der SVP (GR-Nr. 2021/454) schreibt der Stadtrat: «Der rechtswidrige Aufenthalt in der Schweiz stellt eine ausländerrechtliche Straftat dar und unterliegt somit der strafprozessualen Anzeigepflicht.» Dennoch wollte der Stadtrat mit der City Card ursprünglich eine Art ausländerrechtliches Parallelsystem einführen.

In der Antwort auf eine Interpellation von SVP-Nationalrat Gregor Rutz nimmt der Bundesrat im Dezember 2020 dazu Stellung: «Die Gemeinden oder die Kantone haben keine Kompetenz, den Aufenthalt von Sans-Papiers nach eigenen Bestimmungen mit einem Ausweis verbindlich zu regeln».

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche Schlüsse zieht der Stadtrat aus seinen widerrechtlichen Entscheidungen? Welchen Lerneffekt zieht der Stadtrat aus seinen Rechtsbrüchen für die zukünftigen Entscheidungen?
2. Wie erklärt sich der Stadtrat den Umstand, dass für viele Aussenstehende die stadträtlichen Rechtsbrüche offensichtlich sind und sich diese auch bestätigen, er aber anfänglich meint, sein Handeln sei rechtens?
3. Wie beurteilte der Rechtskonsulent des Stadtrates die juristische Lage bei den Gammelhäusern, bevor der Stadtrat diese kaufte? Wie beurteilt der Stadtrat sein eigenes Vorgehen im Nachhinein?
4. Wie beurteilte der Rechtskonsulent des Stadtrates die juristische Lage beim Tempo 30 auf der Rosengartenstrasse, bevor der Stadtrat die Reduktion ankündigte? Wie beurteilt der Stadtrat sein eigenes Vorgehen im Nachhinein?
5. Wie beurteilte der Rechtskonsulent des Stadtrates die juristische Lage beim Triemli-Abschreiber, bevor der Stadtrat diese bekanntgab? Wie beurteilt der Stadtrat sein eigenes Vorgehen im Nachhinein?
6. Wie beurteilte der Rechtskonsulent des Stadtrates die juristische Lage bei der wirtschaftlichen Basishilfe, bevor der Stadtrat diese bekanntgab? Wie beurteilt der Stadtrat sein eigenes Vorgehen im Nachhinein?
7. Welchen Stellenwert hat für den Stadtrat die fachlichen Einschätzungen seines Rechtskonsulenten? Welchen Stellenwert haben für den Stadtrat der Rechtsstaat und das übergeordnete Recht?
8. Wird der Stadtrat zukünftig den Erwartungen einer sauberen Regierungsführung gerecht und wird er nun konsequent den Rechtsstaat und das übergeordnete Recht achten?

9. Welche internen und externen Kosten verursachte die juristische Auseinandersetzung beim Kauf der Gammelhäuser?
10. Welche internen und externen Kosten verursachte die juristische Auseinandersetzung beim Triemli-Abschreiber?
11. Welche internen und externen Kosten verursachte die juristische Auseinandersetzung bei der wirtschaftlichen Basishilfe?

Mitteilung an den Stadtrat

Der Beschlussantrag, die fünf Postulate und die Interpellation werden auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

69. 2022/191

Dringliche Schriftliche Anfrage von Martina Zürcher (FDP), Elisabeth Schoch (FDP) und 32 Mitunterzeichnenden vom 11.05.2022: Sofortmassnahmen an der Hardturmstrasse zur Reduzierung des Durchgangsverkehrs, bereits umgesetzte Massnahmen und Beurteilung des Nutzens, geplante Massnahmen zur Verflüssigung der Route Pfingstweidstrasse, Verkehrsaufkommen und Verlagerungspotenzial sowie Anzahl wohnhafter Personen an der Hardturm- und Breitensteinstrasse

Von Martina Zürcher (FDP), Elisabeth Schoch (FDP) und 32 Mitunterzeichnenden ist am 11. Mai 2022 folgende Dringliche Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Am 10. Mai 2022 verschickte das Tiefbauamt eine Medienmitteilung, dass ab der Folgeweche an der Hardturmstrasse verschiedene «Sofortmassnahmen», beispielsweise ein Fahrverbot für Lastwagen und Cars, umgesetzt werden sollen. Diese haben das Ziel, den Durchgangsverkehr zu reduzieren, respektive auf die Pfingstweidstrasse umzuleiten. Je nach Verkehrsaufkommen auf der Pfingstweidstrasse, Verkehrsbehinderungen oder Start / Ziel der Fahrt könnte damit jedoch ein wesentlicher Teil des Verkehrs von der Hardturmstrasse auf die andere Limmatseite auf die Achse Am Wasser / Breitensteinstrasse / Europabrücke umgela- gert werden, zumal es dort weniger Lichtsignalanlagen gibt.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche Massnahmen wurden in den letzten Jahren an der Hardturmstrasse (bspw. einseitiges Nacht- fahrverbot, Tempo 30 etc.) bereits umgesetzt und mit welchem Nutzen?
2. Welche Massnahmen sind geplant, um die Route Pfingstweidstrasse zu verflüssigen, damit der Verkehr dort kanalisiert werden kann und sich nicht von der Hardturmstrasse anderweitig verlagert?
3. Mit wieviel Verlagerung von der Hardturmstrasse nach Am Wasser / Breitensteinstrasse rechnet der Stadtrat? Hält er dies für sinnvoll? Wie gedenkt er dies zu überwachen?
4. Wie viele Fahrzeuge fahren täglich durch die Hardturmstrasse (getrennt nachts und tagsüber)? Wie viele sind es an der Achse Am Wasser / Breitensteinstrasse?
5. Wie viele Personen wohnen entlang der Hardturmstrasse und wie viele entlang am Wasser und der Breitensteinstrasse?

Mitteilung an den Stadtrat

70. 2022/192

Schriftliche Anfrage von Islam Alijaj (SP) und Liv Mahrer (SP) vom 11.05.2022: Barrierefreiheit der Sport- und Erholungsanlagen, Strategie zur Sicherstellung der barrierefreien Zugänglichkeit, Beurteilung der Anlagen für Menschen mit Mobili- tätshilfen und Sehbeeinträchtigungen sowie Zeitplan und Ressourcen für die Umsetzung der gleichberechtigten Zugänge

Von Islam Alijaj (SP) und Liv Mahrer (SP) ist am 11. Mai 2022 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Menschen mit Behinderungen, die am Sportangebot der Stadt Zürich teilnehmen wollen, sowie Eltern mit Behinderungen von Kindern, die am Sportangebot teilnehmen wollen, bleiben bei diesen Anlagen oft auf halber Strecke zurück. Beispielsweise sind Fusswege nicht überall bis hin zum Sportfeld für Rollstuhlbenutzer*innen erschlossen. Kurz: Sporttreibende oder deren Angehörige mit Behinderungen haben keinen gleichberechtigten Zugang zu diesen Anlagen. Das ist unfair, zudem stellt es für Erziehungspersonen mit Behinderungen einen Mehraufwand dar. Der Massnahmenplan 2020–2022 zur Förderung der Gleichstellung von Menschen mit Behinderung in der Stadt Zürich berücksichtigt Friedhöfe und Grünanlagen, enthält aber keine Ziele oder Angaben zu Sport- und anderen Erholungsanlagen, weshalb hier Informationsbedarf besteht.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche Strategie verfolgt die Stadt, um ihre Sport- und Erholungsanlagen barrierefrei zugänglich zu machen?
2. Sind die Sport- und Erholungsanlagen der Stadt Zürich vollumfänglich erschlossen für Menschen, die Mobilitätshilfen verwenden? Bitte aufschlüsseln.
3. Sind die Anlagen ausreichend mit Blindenleitsystemen ausgestattet? Bitte aufschlüsseln.
4. In welchem Zeitrahmen will die Stadt gleichberechtigten Zugang fertigstellen?
5. Welche personellen und finanziellen Ressourcen stehen dafür zur Verfügung?
6. An welchen Grundsätzen und Zielen orientiert sich die Stadt im Bezug auf diese Aufgabe?

Mitteilung an den Stadtrat

71. 2022/193

Schriftliche Anfrage von Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne) und Selina Walgis (Grüne) vom 11.05.2022:

Umsetzung der Istanbul-Konvention, geplante Massnahmen für vulnerable Zielgruppen und Menschen, die von Mehrfachdiskriminierungen betroffen sind, verfügbare Präventions-, Sensibilisierungs- und Informationsmaterialien, eingesetzte finanzielle Mittel sowie Zusammenarbeit mit Akteurinnen und Akteuren der Zivilgesellschaft

Von Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne) und Selina Walgis (Grüne) ist am 11. Mai 2022 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Geschlechtsspezifische Gewalt ist ein schwerwiegendes gesellschaftliches Problem. Das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, die Istanbul-Konvention, ist in der Schweiz seit 2018 in Kraft. Sie ist ein wichtiges Instrument und auch für die Stadt Zürich von Bedeutung. Im Gleichstellungsplan 2019-2022 der Stadt Zürich nimmt die Umsetzung der Istanbul-Konvention im Schwerpunkt Gewalt eine zentrale Rolle ein.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche Massnahmen (bspw. Information, Schutz, Beratung) gibt es/sind geplant für besonders vulnerable Zielgruppen?
2. Welche Massnahmen (bspw. Information, Schutz, Beratung) gibt es/sind geplant für gewaltbetroffene Frauen, Kinder und queere Menschen, die von Mehrfachdiskriminierungen betroffen sind?
3. Welche Präventionsmassnahmen gibt es in der Stadt Zürich? Sind Präventionskampagnen für die breite Bevölkerung geplant? Wenn ja, welche?
4. Welche Präventions-, Sensibilisierungs- und Informationsmaterialien gibt es? In wie vielen Sprachen sind diese verfügbar? Werden Materialien proaktiv verteilt/verbreitet? Falls ja, wo und durch wen? Wie sind die Materialien ausgestaltet in Bezug auf Barrierefreiheit und sind sie in leicht verständlicher Sprache?
5. Welche finanziellen Mittel werden für die Umsetzung der Istanbul-Konvention in der Stadt Zürich aufgewendet? Wie sind die Gelder aufgeteilt?
6. Welche Massnahmen zur Umsetzung der Istanbul-Konvention werden nicht durch die Strategie des Kantons abgedeckt und nur von der Stadt Zürich umgesetzt?
7. Wie arbeitet die Stadt Zürich zur Umsetzung der Istanbul-Konvention mit Akteur*innen der Zivilgesellschaft zusammen? Wenn nein, weshalb nicht?

8. Welchen Stellenwert wird der Täter*innenarbeit beigemessen? Welche Massnahmen der Täter*innenarbeit wurden bereits getroffen? Welche sind in Planung?
9. Welche Massnahmen hat die Stadt Zürich gegen digitale Gewalt ergriffen? (GREVIO General Recommendation No. 1 on the digital dimension of violence against women). Wenn es keine Massnahmen gibt, weshalb nicht?
10. Was unternimmt die Stadt Zürich zur Unterstützung und dem Schutz von Stalking-Betroffenen?
11. Wie viele Schutzunterkünfte / Schutzplätze für Betroffene von häuslicher Gewalt (alle Geschlechter) gibt es in der Stadt Zürich? Für welche spezifischen Zielgruppen sind diese vorgesehen? Entspricht die Anzahl Schutzplätze den Empfehlungen des Europarates? Wie finanzieren sich diese Schutzunterkünfte?
12. In welchen Bereichen hat die Stadt Zürich noch Aufholbedarf in der Umsetzung der Istanbul-Konvention?
13. Ist ein umfassender, der Öffentlichkeit zugänglicher Bericht zur Umsetzung geplant? Wenn nein, weshalb nicht?
14. Werden Statistiken zur Umsetzung der Istanbul-Konvention erstellt? Bitte begründen Sie die Antwort.

Mitteilung an den Stadtrat

72. 2022/194

Schriftliche Anfrage von Dominik Waser (Grüne) und Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne) vom 11.05.2022:

Psychische Belastungssituation junger Menschen, Einschätzung der Situation, Massnahmen der Stadt gegen die aktuelle Überlastung der Angebote und im Bereich der Prävention sowie Information zu den Fachstellen bei Unterstützungsbedarf

Von Dominik Waser (Grüne) und Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne) ist am 11. Mai 2022 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

In den letzten Jahren hat die psychische Belastung vieler junger Menschen unter 25 Jahren stark zugenommen. Immer mehr Menschen leiden unter Klima-Angst, die Corona-Krise hinterlässt grosse psychische Wunden und die psychiatrischen sowie psychotherapeutischen Angebote sind mehr als überlastet. Viele junge Menschen benötigen mehr Unterstützung - auch in der Stadt Zürich.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie schätzt der Stadtrat die Situation in der Stadt Zürich ein? Wie geht es jungen Zürcher:innen?
2. Was tut die Stadt Zürich seit der Corona-Krise zusätzlich für die psychische Gesundheit von jungen Menschen?
3. Was tut die Stadt Zürich, um der aktuellen Überlastung der psychiatrischen und psychotherapeutischen Angeboten entgegenzuwirken?
4. Was tut die Stadt Zürich im Bereich der Prävention? Wie wird ein breites öffentliches Bewusstsein für das Thema der psychischen Gesundheit geschaffen?
5. Wie erfahren junge Menschen, an welche Fachstellen sie sich wenden können, wenn sie Unterstützung benötigen?
6. Mit welchen Massnahmen werden gezielt junge Menschen angesprochen?

Mitteilung an den Stadtrat

73. 2022/195
Schriftliche Anfrage von Dominik Waser (Grüne) und Sibylle Kauer (Grüne) vom 11.05.2022:
Einsatz von synthetischen Pestiziden auf Stadtgebiet, Art der Stoffe und ausgebrachte Mengen, Monitoring betreffend die Toxizität, Möglichkeiten zum Ausstieg und Haltung zu einem Verbot solcher Pestizide auf dem ganzen Stadtgebiet

Von Dominik Waser (Grüne) und Sibylle Kauer (Grüne) ist am 11. Mai 2022 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Die Nutzung von synthetischen Pestiziden (Pflanzenschutzmitteln) ist extrem schädlich für Mensch und Umwelt. Sie ist hauptsächlich für den Verlust der Biodiversität, die Belastung des Trinkwassers in der Schweiz verantwortlich. Im Juni des letzten Jahres wurde über die Initiative "Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide" abgestimmt. Die Vorlage wäre in der Stadt Zürich mit 63,63% JA-Stimmenanteil angenommen worden.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie viele synthetischen Pestizide (Menge) werden von der Stadt Zürich jährlich ausgebracht? Welche Stoffe und Produkte werden ausgebracht in welchen Mengen?
2. Besteht ein Monitoring betreffend der Toxizität der Stoffe, die von der Stadt Zürich ausgebracht bzw. freigesetzt werden? Bitte begründen Sie die Antwort.
3. Will die Stadt Zürich bzw. Grün Stadt Zürich gänzlich aus der Nutzung von synthetischen Pestiziden aussteigen? Falls ja, bis wann soll dies geschehen? Falls nein, warum nicht?
4. Was tut die Stadt Zürich um aus der Nutzung synthetischer Pestizide im Stadtgebiet auszusteigen?
5. Was tut die Stadt Zürich um Privatanwender:innen dazu zu bewegen, weniger oder keine synthetischen Pestizide mehr auszubringen?
6. Wie positioniert sich der Stadtrat zu einem Verbot jeglicher synthetischer Pestizide auf dem gesamten Stadtgebiet?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s s n a h m e n

74. 2022/153
SK PRD/SSD, Erneuerungswahl der übrigen Mitglieder für die Amtsdauer 2022–2024

Mit Beschluss vom 9. Mai 2022 wählte die Geschäftsleitung des Gemeinderats:

Islam Alijaj (SP)
 Dr. Balz Bürgisser (Grüne)
 Regula Fischer Svosve (AL)
 Roger Föhn (EVP)
 Christina Horisberger (SP)
 Christine Huber (GLP)
 Sabine Koch (FDP)
 Liv Mahrer (SP)
 Dr. Christian Monn (GLP)
 Urs Riklin (Grüne)
 Stefan Urech (SVP)

Mitteilung an den Stadtrat und an die Gewählten

**75. 2022/154
SK FD, Erneuerungswahl der übrigen Mitglieder für die Amtsdauer 2022–2024**

Mit Beschluss vom 9. Mai 2022 wählte die Geschäftsleitung des Gemeinderats:

Ivo Bieri (SP)
Judith Boppart (SP)
Martin Busekros (Grüne)
Hans Dellenbach (FDP)
Simon Diggelmann (SP)
Anjushka Früh (SP)
Anthony Goldstein (FDP)
Martin Götzl (SVP)
Serap Kahriman (GLP)
Patrik Maillard (AL)
Christian Traber (Die Mitte)

Mitteilung an den Stadtrat und an die Gewählten

**76. 2022/155
SK SID/V, Erneuerungswahl der übrigen Mitglieder für die Amtsdauer 2022–2024**

Mit Beschluss vom 9. Mai 2022 wählte die Geschäftsleitung des Gemeinderats:

Peter Anderegg (EVP)
Heidi Egger (SP)
Anna Graff (SP)
Patrick Hässig (GLP)
Dr. Roland Hohmann (Grüne)
Markus Knauss (Grüne)
Severin Meier (SP)
Derek Richter (SVP)
Michael Schmid (AL)
Natascha Wey (SP)
Dominique Zygmunt (FDP)

Mitteilung an den Stadtrat und an die Gewählten

**77. 2022/156
SK GUD, Erneuerungswahl der übrigen Mitglieder für die Amtsdauer 2022–2024**

Mit Beschluss vom 9. Mai 2022 wählte die Geschäftsleitung des Gemeinderats:

Florine Angele (GLP)
Walter Anken (SVP)
Patrik Brunner (FDP)
Nadina Diday (SP)
Julia Hofstetter (Grüne)
Tanja Maag Sturzenegger (AL)
Dafi Muharemi (SP)
Martina Novak (GLP)
Tiba Ponnuthurai (SP)

Dr. Frank Rühli (FDP)
Elisabeth Schoch (FDP)

Mitteilung an den Stadtrat und an die Gewählten

78. 2022/157
SK TED/DIB, Erneuerungswahl der übrigen Mitglieder für die Amtsdauer
2022–2024

Mit Beschluss vom 9. Mai 2022 wählte die Geschäftsleitung des Gemeinderats:

Niyazi Erdem (SP)
Benedikt Gerth (Die Mitte)
Sibylle Kauer (Grüne)
Andreas Kirstein (AL)
Ursina Merkler (SP)
Carla Reinhard (GLP)
Jehuda Spielman (FDP)
Patrick Tscherrig (SP)
Sebastian Vogel (FDP)
Dominik Waser (Grüne)
Barbara Wiesmann (SP)

Mitteilung an den Stadtrat und an die Gewählten

79. 2022/158
SK HBD/SE, Erneuerungswahl der übrigen Mitglieder für die Amtsdauer
2022–2024

Mit Beschluss vom 9. Mai 2022 wählte die Geschäftsleitung des Gemeinderats:

Reto Brüesch (SVP)
Flurin Capaul (FDP)
Marco Denoth (SP)
Selina Frey (GLP)
Nicole Giger (SP)
Jean-Marc Jung (SVP)
Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP)
Claudia Rabelbauer (EVP)
Jürg Rauser (Grüne)
Mischa Schiwow (AL)
Roger Suter (FDP)

Mitteilung an den Stadtrat und an die Gewählten

80. 2022/159
SK SD, Erneuerungswahl der übrigen Mitglieder für die Amtsdauer 2022–2024

Mit Beschluss vom 9. Mai 2022 wählte die Geschäftsleitung des Gemeinderats:

Walter Angst (AL)
Alexander Brunner (FDP)
Susanne Brunner (SVP)
Yves Henz (Grüne)
Fanny de Weck (SP)
Hannah Locher (SP)
Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne)
Ronny Siev (GLP)
Marcel Tobler (SP)
Dr. Josef Widler (Die Mitte)
Sebastian Zopfi (SVP)

Mitteilung an den Stadtrat und an die Gewählten

81. 2022/164
RedK, Erneuerungswahl der Mitglieder und des Präsidiums für die Amtsdauer 2022–2024

Mit Beschluss vom 9. Mai 2022 wählte die Geschäftsleitung des Gemeinderats:

Sandra Bienek (GLP)
Dr. Florian Blättler (SP)
Mélissa Dufournet (FDP)
Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP)
Simon Kälin-Werth (Grüne)
Mischa Schiwow (AL), Präsident
Karin Weyermann (Die Mitte)

Mitteilung an den Stadtrat und an die Gewählten

82. 2022/165
Brückenschlag Uri-Zürich, Erneuerungswahl für das Amtsjahr 2022/2023

Mit Beschluss vom 9. Mai 2022 wählte die Geschäftsleitung des Gemeinderats:

Roger Bartholdi (SVP)
Heidi Egger (SP)
Benedikt Gerth (Die Mitte)
Sofia Karakostas (SP)
Simon Kälin-Werth (Grüne)
Guy Krayenbühl (GLP)
Albert Leiser (FDP)
Matthias Probst (Grüne), Co-Präsident
Mischa Schiwow (AL)

Mitteilung an den Stadtrat und an die Gewählten

**83. 2022/166
Erneuerungswahl von 6 Stimmzählenden für das Amtsjahr 2022/2023**

Mit Beschluss vom 9. Mai 2022 wählte die Geschäftsleitung des Gemeinderats:

Peter Anderegg (EVP)
Marco Denoth (SP)
Jean-Marc Jung (SVP)
Markus Knauss (Grüne)
Albert Leiser (FDP)
Beat Oberholzer (GLP)

Mitteilung an den Stadtrat und an die Gewählten

**84. 2022/167
Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt
Zürich (Stiftung PWG), Bericht und Rechnung 2021**

Den Ratsmitgliedern ist das Dokument «Bericht und Rechnung 2021» zugestellt worden.

Nächste Sitzung: 18. Mai 2022, 17 Uhr.